

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

Arbeitsmigranten aus anderen asiatischen Ländern assoziiert, wobei viele der letzteren sich illegal in Korea aufhalten. Die nordkoreanischen Flüchtlinge leiden unter schweren Integrationsproblemen, obwohl sie Koreaner sind (jedoch als politisch suspekt gelten); die asiatischen Arbeitsmigranten, weil sie keine Koreaner sind. Die soziale Situation beider Gruppen ist gleichermaßen unbefriedigend, es gibt nur wenige gelungene Integrationsbeispiele.

Für die ausländischen Migranten setzt sich ausgerechnet eine Parlamentarierin ein, die selbst keine gebürtige Koreanerin ist: die Abgeordnete der koreanischen Nationalversammlung Jasmine Lee ist ethnische Filipina und kam durch ihre Heirat mit einem Koreaner auf die Halbinsel. Ihr Lebensweg führte sie über Stationen als Schauspielerin und Mitarbeiterin zivilgesellschaftlicher Organisationen in den Fokus der konservativen Regierungspartei Saenuri, für die sie seit 2012 als eine der über Verhältniswahlrecht gewählten Abgeordneten im Parlament sitzt. Dort hat sie im Dezember 2014 mit Unterstützung 22 anderer Abgeordneter einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Rechte der ca. 20.000 Kinder aus illegalen Migrantenfamilien eingebracht. Dieser Entwurf schaffte es bisher jedoch nicht auf die Tagesordnungen für die erforderlichen parlamentarischen Lesungen. Für ihr Engagement zahlt Jasmine Lee einen hohen Preis: der Anteil der Hasspost an ihr Büro ist so hoch, dass sie in einem Porträt der US-amerikanischen "Huffington Post" als "eine der meistgehassten Frauen Koreas" betitelt wurde.

Dahinter verbergen sich Strömungen in der südkoreanischen Gesellschaft, die sehr stark traditionellen Überzeugungen anhängen, wonach die "Reinheit der Blutlinie" entscheidende Voraussetzung ist, um Koreaner zu sein und für die ein ungebrochenes Abstammungsprinzip eine absolute Notwendigkeit für das "Überleben" der koreanischen Nation ist. In diesem Sinne forderten die Initiatoren einer im Januar 2015 in der konservativen Zeitung "Dong-Ah" erschienenen ganzseitigen Anzeige unverhohlen eine "Anti-Migrationspolitik", um den "Untergang Koreas" zu verhindern, den nach Ansicht dieser politisch extrem anmutenden Personen eine Politik wie die von Jasmine Lee unweigerlich herbeiführen würde.

Der gesellschaftliche Mainstream liegt erstaunlicherweise näher an solchen Positionen als man dies in dem von der Regierung im Ausland gern als Hochtechnologie- und Innovationsparadies propagierten Südkorea vermuten würde: im Jahr 2000 bejahten bei einer Umfrage 93 Prozent der Koreaner, dass sie glauben, ihre Nation basiere auf einer gemeinsamen Blutlinie. Und 2006 stimmten 56,5 Prozent der befragten Koreaner der Aussage zu, „Ich bin dagegen, dass meine Kinder eine Ehe mit einem Ausländer eingehen“. Selbst wenn diese Zahlen in der Zwischenzeit geringer geworden sein sollten: von einer inklusiven Gesellschaft ist Südkorea weiter entfernt denn je. Daran ändert auch die sehr durchsichtige Immigrationspolitik der Regierung nichts, die angesichts der demographischen Probleme des Landes mit einer der weltweit niedrigsten Geburtenraten das Thema Blutlinie in bestimmten Fällen gern niedriger hängen würde: wer, so wurde im Juli 2015 bekannt gegeben, nämlich als Ausländer über spezielle berufliche Qualifikationen in Natur- oder Ingenieurwissenschaften verfüge, könne unter den neuen 'pro-science immigration standards' des Staatsbürgerrechts zu 'excellent foreign personnel' erklärt werden, für das dann erheblich einfachere Voraussetzungen zum Erwerb der koreanischen Staatsbürgerschaft gelten.

Thailand

Michael Winzer (28.08.2015)

Der Umgang mit den Themen Flucht und Migration in der EU wird in der thailändischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.

Aufgrund der politischen Situation seit dem Militärputsch im Jahr 2014 und des aktuellen Prozesses der Schaffung einer neuen Verfassung war die Medienberichterstattung in Thailand in den letzten Monaten sehr stark auf innenpolitische Themen fokussiert. Auch unter normalen Umständen haben es Nachrichten aus dem geografisch und kulturell weit entfernten Europa schwer, in der thailändischen Medienberichterstattung Beachtung zu finden. Da-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

her werden die aktuellen Entwicklungen zum Thema Migration und Flucht in Europa in den thailändischen Medien und in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Lediglich Tragödien mit erheblichem Ausmaß, wie beispielsweise die Schiffsunglücke mit Flüchtlingen im Mittelmeer, werden in den thailändischen Medien erwähnt. Hierbei wird jedoch meist ohne politische Wertung berichtet.

Außenpolitisch gibt es keine Positionierung der thailändischen Regierung zum Umgang mit Flüchtlingen und Migration in Deutschland. Seitens der großen politischen Parteien in Thailand, die seit dem Militärputsch im Jahr 2014 nicht mehr in politische Entscheidungsprozesse eingebunden sind, gibt es keine wahrnehmbare und klare Positionierung zu diesem Thema.

Thailand hat eine extrem niedrige Arbeitslosenquote, die seit Jahren unter einem Prozent liegt. Ebenso ist Thailand eine alternde Gesellschaft, die bereits in wenigen Jahren mit einer zurückgehenden Anzahl an Erwerbstätigen und einer steigenden Anzahl an Rentnern konfrontiert sein wird. Daher gibt es bereits jetzt zahlreiche Gastarbeiter, vor allem aus den ärmeren Nachbarländern Myanmar, Laos und Kambodscha, in Thailand. Diese arbeiten überwiegend im Niedriglohnbereich und sind oft schlecht qualifiziert. Mit dem Beginn der „ASEAN Economic Community“ Ende 2015, also einer stärkeren wirtschaftlichen Integration der zehn südostasiatischen Staaten, soll auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit für qualifizierte Arbeitskräfte im gesamten ASEAN-Raum erleichtert werden.

Darüber hinaus gilt Thailand auch als Transitland für Angehörige der Minderheit der Rohingya, die von Myanmar meist in andere ASEAN-Länder mit muslimischer Bevölkerung, wie beispielsweise Malaysia oder Indonesien flüchten. Hierüber wurde auch international berichtet, als im Laufe dieses Jahres mehrere Massengräber mit auf der Flucht in Thailand gestorbenen Rohingya-Flüchtlingen entdeckt wurden. Ebenso wurde im Laufe dieses Jahres über mehrere überfüllte Boote mit Rohingya-Flüchtlingen berichtet, die teilweise manövrierunfähig und ohne ausreichende Vorräte vor der thailändischen Westküste in der Andamanensee trieben. Aufgrund dieser Berichterstattung wurde auf Thailand international Druck ausgeübt, die Situation dieser Flüchtlinge zu verbessern. In einer im Mai in Bangkok durchgeführten Flüchtlingskonferenz, an der die Vertreter von insgesamt 17 Nationen teilgenommen haben, hat sich Thailand zu humanitärer Hilfe bereit erklärt. Seither ist die mediale und politische Aufmerksamkeit zu diesem Thema wieder stark gesunken.

Vietnam

Rabea Brauer (27.08.2015)

Die Flüchtlingsproblematik in Europa wurde in vietnamesischen Medien bisher nicht kommentiert. Bei der Berichterstattung werden ausschließlich Berichte von Agenturen (AFP, Reuters) übernommen. Eine Umfrage des Auslandsbüros unter einigen Journalisten und Politikern aus der Nationalversammlung hat folgendes ergeben:

Man traut Deutschland zu, die Migrationsproblematik zu lösen und angemessen auf die Flüchtlingsströme zu reagieren. Die humanitäre Hilfe, die derzeit in Deutschland geleistet wird, wird mit Hochachtung zur Kenntnis genommen.

Europa sollte stärker zusammenarbeiten, um Lösungen zu finden. Aus Sicht der Befragten sei es verwunderlich, dass die vermeintlich strengen Einwanderungsgesetze nicht angewandt und Flüchtlinge somit in Warteschleifen gehalten werden, anstatt sie nach geltendem Recht schnell abzuschieben

Die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) äußert sich offiziell nicht zur derzeitigen Flüchtlingsproblematik in Europa. Auch innerparteilich spielt dieses Thema keine Rolle.

Innerhalb der ASEAN ist Migration sehr wohl ein Thema. Auch Vietnam fürchtet Migrationsströme nach Inkrafttreten der ASEAN Economic und Cultural Community-Abkommen. Das Schwellenland sieht mit (übertriebener) Sorge die möglichen Wanderarbeiterströme (Ar-